

Bürgerbrief: Die Schweiz - ein ungezogenes Kind Europas

Hamburg, den 15.02.2014

Von Franz Witsch

Bürgerbrief: Die Schweiz - ein ungezogenes Kind Europas

Liebe FreudeInnen des politischen Engagements,

ich möchte den Lesern des Bürgerverteilers einen Text von Wilfried Kahrs, den ich sehr schätze, zur Kenntnis geben, den er auf seiner Seite Qpress.de und auf der Seite kritisches-Netzwerk.de (Betreiber: Helmut Schnug) veröffentlicht hat.

Ich halte von diesen Seiten sehr viel, bin froh, dass es sie gibt, weil sie Menschen zusammenführt, die von Zeit zu Zeit ihre Gedanken austauschen und schriftlich fixieren - eine notwendige (wenn auch nicht unbedingt hinreichende) Voraussetzung menschlicher Emanzipation von Herrschaft und Macht.

Wilfried Kahrs Text beschäftigt sich mit dem Ergebnis der Schweizer „Volksabstimmung bezüglich der Zuwanderungsbegrenzung“. Die Links zu diesem Text lauten wie folgt:
<http://www.kritisches-netzwerk.de/content/schweizer-haben-kein-recht-auf-selbstbestimmung>
<http://qpress.de/2014/02/11/schweizer-haben-kein-recht-auf-selbstbestimmung/>

Ich teile seine Argumentation, die darin besteht, dass es billig wäre, sich darüber zu beschweren, dass die Schweizer von ihrer Regierung und von der EU etwas einfordern, was man Selbstbestimmung nennen könnte:

Die Bürger der Schweiz fühlen sich ganz offensichtlich nicht wohl; sie haben Angst vor unbegrenzter Zuwanderung, weil auch in der Schweiz die Arbeitsplätze nicht vom Himmel fallen. Auch in der Schweiz gibt es einen wachsenden Niedriglohn-Sektor, einen Abbau sozialer Standards, Arbeitslosigkeit, etc. Das alles führt man auf ein Überangebot von (billigen zugewanderten) Arbeitskräften zurück; die Schweizer haben Angst, soweit sie noch nicht betroffen sind, dass es auch sie einmal treffen könnte in einer EU, in der es unbegrenzte Zuwanderung über Landesgrenzen hinweg gibt, dass Menschen also dort arbeiten, wo es ihnen beliebt.

Und sie haben recht: auch sie wird es treffen, wenn auch aus anderen Gründen, als sie es sich vorstellen. Die tieferen Gründe liegen nicht in einem „Zuviel an Freizügigkeit“, also nicht im Marktgeschehen: nicht in einem Über-Angebot billiger Arbeitskräfte, die auf eine zu geringe Nachfrage nach Arbeitskräften trifft. Das stimmt nur dem Augenschein nach, während die eigentlichen Gründe tiefer liegen.

Dennoch spüren die Schweizer, auch ohne zureichende Diagnose (Analyse), die schmerzlichen Symptome einer kranken Ökonomie ganz realistisch: Sie wissen, wir entwickeln uns hin auf eine EU der Freiheit für Konzerne und nicht auf eine EU der Freiheit für Menschen.

Dazu ein Zitat aus einer der vielen Antworten zum Text von Kahrs; die Autorin „Klartext“ schreibt in Antwort (#2):

„Die Aussage von Finanzminister Schäuble vom 11.02.2014 in den Stuttgarter Nachrichten lautete:

„Wir müssen im Europawahlkampf klar machen, wie sehr die Menschen von der Freizügigkeit profitieren.“

Dazu sagt die Autorin Klartext:

„Streiche ‚Menschen‘, setze ‚Konzerne‘.

Wenn schon Politiker wie Merkel, Schäuble & Co. etwas ‚für die Menschen‘ machen wollen, dann ist Gefahr in Verzug.“

Ich könnte noch viele interessante Passagen aus der Diskussion zitieren. Sehr viele sind es wert, dass man sie zur Kenntnis nimmt.

Meine Meinung zum Thema „Zuwanderung“ ist die folgende:

Ob es nun unbegrenzte Zuwanderung über Landesgrenzen hinweg gibt oder nicht, ist nicht die entscheidende Frage. Der ökonomische Druck auf immer mehr Menschen wird mit oder ohne Zuwanderung zunehmen. So das Ergebnis meiner Analyse vor allem im 2. Teil meines Buches „Die Politisierung des Bürgers“ mit dem Untertitel „Mehrwert und Moral“.

Ich komme zu diesem Ergebnis aufgrund einer nicht ganz einfach zu verstehenden Analyse. Ihr Ergebnis lautet kurz gefasst:

Nicht durch unbegrenzte Zuwanderung landen immer mehr Menschen im Müll. Die eigentliche, tiefere Ursache liegt in der Kapitalverwertung begründet, die ihrerseits auf der Basis der Mehrwertproduktion existiert.

Anders ausgedrückt: ohne Mehrwert gibt es keine Kapitalverwertung und ohne Kapitalverwertung würde der ökonomische Druck auf immer mehr Menschen sinken können. Das heißt: Wir müssten Menschen nicht im Müll verenden lassen, wenn ihre Mehrwertfähigkeit nicht mehr das entscheidende Kriterium für ihre Existenzberechtigung wäre.

In diesem Zusammenhang lese ich immer wieder, dass zu viel Markt, Marktgläubigkeit, Marktradikalität, zu wenig Regulierung (der Finanzmärkte), kurzum: die Warenproduktion die zentrale Ursache unserer ökonomischen Schmerzen sei.

Das ist falsch und lenkt vom eigentlichen Problem der Kapitalverwertung ab, die uns alle zu schaffen macht.

Das heißt, den Mehrwert betreffend: zu schaffen macht uns nicht die Warenproduktion (der Markt), sondern dass über Menschen selbst wie über eine Ware verfügt wird zum Zwecke der Mehrwertproduktion.

Den Mehrwert zu beseitigen, d.h. Menschen nicht mehr wie eine Ware zu behandeln, wird man mit mehr oder weniger Markt (Marktregulierung) nicht erreichen.

Auch die Finanzmärkte sind nicht das zentrale Problem:

Noch die beste Regulierung der Finanzmärkte wird die Schmerzen, die uns unsere Ökonomie bereitet, nicht beseitigen, solange der Mensch seine Arbeitskraft verkaufen muss zwecks Mehrwertproduktion - um existieren zu dürfen und nicht auf dem Müll zu landen.

Ist der Mehrwert, der ausschließlich durch die Ware „Arbeitskraft“ erzeugt werden kann, aber abgeschafft, also der Mensch keine Ware mehr, dann dürfen wir hoffen, dass die freie

Auswahl des Arbeitsplatzes über Landesgrenzen hinweg den ökonomischen Druck, resp. die Verelendung von immer mehr Menschen nicht erhöht, sondern vielleicht sogar zurückführt.

Zurück zum Thema von Kahrs Text:

Ein solches Wissen um die ökonomischen Zusammenhänge kann ich bei Bürgern, die für eine Begrenzung der Freizügigkeit plädieren, nicht voraussetzen. Menschen müssen auch ohne ein solches Wissen ihre Meinung bilden und sie auch zum Ausdruck bringen dürfen. Das gehört zur Emanzipation.

Nun, die Schweizer nehmen sich das Recht dazu heraus. Und ich akzeptiere es, auch wenn die Schweizer mit ihrem Abstimmungsergebnissen vielleicht zu bestimmten Konsequenzen des politischen Handelns neigen könnten, die mir nicht passen.

Das gleiche gilt für die Protestbewegung in der Ukraine oder in Thailand - unbenommen ihres möglicherweise (rechts-)nationalistischen Hintergrundes, der mir natürlich überhaupt nicht in den Kram passt.

Schlimm finde ich aber, und hier stimme ich mit Kahrs Text überein, wenn Politiker aller Couleur (einschließlich „Die Linke“) die politische Meinungsbildung, wie sie in der Volksabstimmung zum Ausdruck gekommen ist, nicht ernst nehmen (im Nicht-ernst-nehmen hat Gregor Gysi so seine Erfahrung), vermutlich weil eine Analyse von Substanz sie überfordern würde.

In der Überforderung könnte mangelndes Wissen zum Vorschein kommen; sie könnte die glänzende Eloquenz, z.B. von Gysi, unterhöhlen. Um das zu verhindern, reagieren Politiker ggf. autoritär, ungeduldig, in der Sache vorankommen wollend, von oben herab, wie es im obigen Zitat über Finanzminister Schäuble zum Ausdruck kommt.

Für mich, (psycho-)analytisch betrachtet, kommt autoritäres Denken und Handeln aus uneingestandener Verzweiflung heraus, die dann droht zu Bewusstsein zu gelangen, wenn die politisch herausgehobene Stellung (hohe Einkommen, ständig steigende Diäten) durch mangelndes Wissen, mangelnde Kompetenz für immer mehr Bürger immer weniger gerechtfertigt erscheint. Dann steigt die Wut von unten.

Richtig wäre es, sich einzugestehen, wenn man überfordert ist und als Folge von Überforderung zu aggressiv-autoritärem Denken und Handeln neigt. Die Fähigkeit zu einem solchen Eingeständnis setzt eine ganz andere, eine viel wichtigere Form von Wissen oder Kompetenz voraus, mit dem Politiker es nicht mehr nötig hätten, politische Meinungsbildung, die ihnen nicht zupass kommt, zu denunzieren, sie stereotyp in eine fremdenfeindliche, rechts-populistische Schublade zu stecken. Dazu müssten sie sich allerdings, auch wenn es schwer fällt und eingefleischte Denkmuster infrage stellt, um eine Analyse der herrschenden sozialen und ökonomischen Strukturen bemühen, die ihren Namen verdient.

Herzliche Grüße

Franz Witsch

www.film-und-politik.de